

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/81

27. April 1972

Die Arbeit geht weiter

Der Bundestagswahlkampf hat begonnen  
Seite 1 / 32 Zeilen

Jugend beim Wort genommen

Zum Jugendbericht der Bundesregierung  
Von Dr. Helga Timm MdB  
Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses  
für Jugend/Familie/Gesundheit  
Seite 2 und 3 / 60 Zeilen

Schwere Zeiten für Mietswucherer

Positive Zwischenbilanz für das neue  
Mietrecht  
Seite 4 und 5 / 51 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 886 846 / 886 847/  
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die Arbeit geht weiter

Der Bundestagswahlkampf hat begonnen

Die Unionsparteien waren zum Generalangriff auf die von Brandt/Scheel geführte, von den Sozialdemokraten und Freien Demokraten getragene Koalitionsregierung in einer Stimmung der Siegesgewißheit angetreten. Sie hofften auf dem Wege über einen konstruktiven Mißtrauensentwurf die Macht zu erschleichen, die sie bei den letzten Bundestagswahlen 1969 verloren hatten und deren Verlust sie nie überwunden haben. Sie setzten frevelhaft alles auf das Spiel, sogar die Lebensinteressen der Bundesrepublik Deutschland. Sie hofften unter Berufung auf das viel strapazierte Gewissen auf Abtrünnige und Käufliche. Von Machtgier ergriffen verloren sie jedes Augenmaß und viel an demokratischer Substanz.

Das grausame Spiel ist nun aus. Es wird in dieser 6. Legislaturperiode keinen Machtwechsel und keinen Bundeskanzler Dr. Rainer Candidus Barzel geben. Er hatte, vielleicht durch einen Front-Jocob Strauß mehr gezwungen als aus eigenem freien Willen, zu einem Sprung angesetzt und erlebte dabei einen Sturz, an dessen Folgen er noch lange schwer zu tragen haben wird. Er trat die Flucht nach vorn an und wurde nun weit zurückgeworfen.

Die Unionsparteien, das hat der bisherige Verlauf der Debatte über den Bundeshaushalt 1972 eindrucksvoll belegt, haben zur Politik der sozialliberalen Koalition keine Alternative aufzuweisen. Sie leisten allerdings Großes in Panikmache und dabei verlieren sie jede Beziehung zur Wirklichkeit. Außenpolitisch sind sie ohnehin in die Isolierung geraten.

Die Mehrheit, wenn auch eine schwache Mehrheit des Bundestages steht hinter der Regierung Brandt/Scheel, auch die Mehrheit der Bundesbürger. Daran ist nichts zu ändern. Die Entscheidung des Bundestages macht die Bahn frei für die Fortsetzung einer Politik der Stärkung und Sicherung des äußeren und inneren Friedens.

Die Arbeit geht weiter. Der Wahlkampf für den 7. Deutschen Bundestag hat begonnen.

(ae/ex/27.4.1972/ks)

Jugend beim Wort genommen  
-----

Zum Jugendbericht der Bundesregierung

Von Dr. Helga Timm MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses  
für Jugend/Familie/Gesundheit

Mit ihrem in den letzten Wochen vorgelegten Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe (kurz auch "Jugendbericht" genannt) hat die Bundesregierung die Konsequenz aus der Erkenntnis gezogen, daß Jugendliche heute ein anderes Selbstverständnis und daher auch größere Forderungen an die Gesellschaft haben, als noch in der vorigen Generation. Mit der Vorverlegung des Wahlalters auf 18 Jahre, das schon im Jahre 1970 herabgesetzt wurde und nun auch auf das passive Wahlrecht ausgedehnt werden wird, nimmt die Bundesregierung eine Jugend beim Wort, die sich wesentlich stärker für ihre eigenen Belange, aber auch für politische und soziale Probleme interessiert und nach früherer Verantwortlichkeit strebt, als ihre Eltern das vor 20 Jahren taten. Nichts anderes, als eine weitere logische Folge hierauf ist denn auch die Neuregelung des Volljährigkeitsalters, die dem Bundesrat zur Zeit als Gesetzentwurf vorliegt und bedeutet, daß in Zukunft die Volljährigkeit mit der Vollendung des 18. Lebensjahres eintreten wird.

Als einen der wichtigsten Aspekte des Jugendberichts darf man ganz sicher die Konkretisierung des Erziehungsanspruchs ansehen. Nach dem Willen der Bundesregierung sollen zukünftig alle Kinder und Jugendlichen ein gesellschaftspolitisch abgesichertes Recht auf Erziehung haben. Sie werden einen Rechtsanspruch auf alle Hilfen haben, die "einer ihren Neigungen entsprechenden vollen gesellschaftlichen Integration und der Entfaltung ihrer Persönlichkeit" dienen. Damit wird zwar keineswegs das primäre Recht der Eltern nach Artikel 6 des Grundgesetzes angetastet, aber die Jugendlichen sollen, so formulierte es dieser Tage der Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, Heinz Westphal, "gegen einen Mißbrauch des elterlichen Erziehungs-

rechts" geschützt werden. Sie sollen mehr Mitspracherecht in ihren eigenen Angelegenheiten bekommen, und vor allen Dingen wird es als äußerst wichtig angesehen, die Jugendpflege endlich als das zu propagieren, was sie seit langem in der Praxis ist: eine gesellschaftspolitische Aufgabe.

Daher will die Bundesregierung Aufgaben, Zuständigkeiten und Verfahrensweisen der Jugendbehörden überprüfen, um sie ausrichten zu können auf die Aufgaben der Gesellschaft von morgen. Die Forderung, nur fachlich qualifizierte Mitarbeiter mit den Möglichkeiten systematischer Fortbildung in allen Funktionen, die der "Jugendarbeit" dienen, zu beschäftigen, ist eine selbstverständliche Konsequenz.

Wie in vielen Abschnitten dieses Berichtes, so erkennt man auch an demjenigen die Handschrift der sozialliberalen Bundesregierung, die regelt, daß der Komplex "Heimerziehung" rechtlich neu geordnet werden müsse, um stärkere Gruppendifferenzierungen zu erreichen und den Abbau veralteter Terminologien, die der Verwirklichung zeitgemäßer Erziehung hinderlich sind, zu beschleunigen. Daß auch dieser Bericht wieder die dringende Notwendigkeit der Schaffung und des Ausbaus familienergänzender und familienschützender Einrichtungen wie Kindergärten, Kindertagesstätten und Erziehungsberatungsstellen ebenso wie Elternschulen ausdrücklich betont, braucht man kaum zu erwähnen, da es sich bei dieser Forderung um eines der wichtigsten Anliegen sozialdemokratischer und liberaler Jugend- und Bildungsexperten handelt.

Der Bericht, der zur Zeit in den zuständigen Ausschüssen des Bundestages zur Beratung vorliegt, zeigt, wie ernst es der Bundesregierung mit Bundeskanzler Willy Brandt an der Spitze mit dem Anspruch auf innere Reformen ist und in welchem großen Maß sie anerkennt, daß Kindern und Jugendlichen Rechte und Pflichten im gleichen Maß zukommen, wie erwachsenen Bürgern.

(-/ex/27.4.1972/ks)

+ + +

### Schwerere Zeiten für Mietwucherer

#### Positive Zwischenbilanz für das neue Mietrecht

Fünf Monate ist das neue Mietrecht, das den über 40 Millionen zur Miete wohnenden Bundesbürgern einen verstärkten Schutz vor Kündigungen und willkürlichen Mieterhöhungen brachte, in Kraft. Wer damals im Herbst 1971, als das Ringen um diese wichtige Reform der Bundesregierung den Höhepunkt erreichte, den Scheinargumenten der CDU/CSU-Opposition Glauben geschenkt hat, wird freilich in diesen fünf Monaten vergeblich auf das von ihr prophezeite Chaos auf dem Wohnungsmarkt gewartet haben.

Das Gegenteil trat ein: Die schwache Stellung der Mieter gegenüber dem Hauseigentümer hat eine spürbare Verbesserung erfahren, für Mietwucherer und leichtfertig mit der Kündigung hantierende Vermieter sind schwere Zeiten angebrochen. Daß es den Auswüchsen auf dem Gebiet der hohen Mietsteigerungen an den Kragen geht, signalisieren vor allem die Meldungen aus den Reihen der zahllosen Mietervereine im Bundesgebiet. So wurden beispielsweise allein in Köln in der letzten Zeit 17 Mietwucher-Anzeigen erstattet, aber auch in anderen Städten und Gemeinden rollt die Anzeigen-Lawine.

Immer wieder kommt es vor, daß unseriöse Hauswirte, die glauben, am längeren Hebel zu sitzen, die Mieter mit Mietaufschlägen von 100 Prozent und mehr zur Kasse bitten oder sie kurzer Hand mit der Kündigung vor vollendete Tatsachen stellen. Daß in diesen Fällen neuerdings die Gerichte ein Wörtchen mitsprechen können, wäre nicht möglich gewesen, wenn die CDU/CSU mit ihren "Alternativ-Vorschlägen" im Parlament durchgedrungen wäre, denn - auch das muß jetzt noch einmal in Erinnerung gerufen werden - die Opposition wollte den stärkeren Schutz des vertragstreuen

Mieters auf Gebiete besonderen Wohnbedarfs beschränken und damit eine Neuauflage der Fehler des Lücke-Planes provozieren. Jetzt zeigt sich, daß dieses Flickwerk den Mietern in ihrer Gesamtheit kaum etwas genutzt hätte, denn Fälle von Mietwucher und ungerechtfertigter Kündigung treten eben - leider - nicht nur in Ballungsgebieten auf. Wer der Statistik die Entscheidung darüber überlassen will, welche Mieter vor Vermieterwillkür zu schützen sind, der unterliegt jedenfalls einem gefährlichen Trugschluß. Worauf es ankommt und was die Regierung mit ihrem Mietgesetz erreicht hat, ist die Schaffung eines gleichberechtigten Platzes für den Mieter neben dem Hauseigentümer.

Diesem Ziel dient auch die Offensive der Regierung auf dem Sektor der Wohnungsbaupolitik. Die Tatsache, daß im vergangenen Jahr 553.800 Wohnungen fertiggestellt wurden, zeigt die erfolgreichen Bemühungen der Bundesregierung auf diesem Gebiet und widerlegt die ständig in die Welt gesetzten pessimistischen Prognosen der CDU/CSU. Trotz dieser eindrucksvollen Zahlen wird sich die Bundesregierung nicht auf diesen Lorbeeren ausruhen, vielmehr steht für 1972 ein neuer Wohnungsbaurekord ins Haus. Wenn sich die Zahl der Baugenehmigungen von 609.400 auf 705.700 in den letzten zwölf Monaten erhöhte, wenn der Bauüberhang zum Jahresende 725.900 Wohnungseinheiten gegenüber 625.100 im Vorjahr aufwies, dann ist das ein deutliches Anzeichen für kontinuierlich erfolgreiche Politik der Bundesregierung und insbesondere ihres Wohnungsbauministers Dr. Lauritz Lauritzen.

Rainer Bittermann  
(-/ex/27.4.1972/xs)